

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Sdb., fl. 1. 8flerr. Währ.) pro Quartal.

Befellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediten, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Mit dem 1. Oktober beginnt ein neues Quartal für das Abonnement auf den „Social-Demokrat.“ Wir bitten unsere Leser, ihre Abonnements möglichst frühzeitig erneuern zu wollen, damit sich die Höhe der erforderlichen Auflage bemessen läßt und im Betriebe keine Störung eintritt. Zugleich fordern wir alle Parteigenossen ernstlich auf, für die Verbreitung des Partei-Organs mit Nachdruck thätig zu sein. Bei den Opfern, die wir fortwährend bringen müssen, glauben wir zu der Erwartung berechtigt zu sein, daß die Partei dieser Aufforderung nachkommen werde.

Politischer Theil.

R u n d s c h a u.

Berlin, 25. September.

Eine nicht unerfreuliche Nachricht für die sich allmählig doch vollziehende Vereinigung des nördlichen und südlichen Deutschlands bringt der „Nürn. Corresp.“, welchem aus München berichtet wird, daß man in Kreisen, die unterrichtet sein können, versichert, daß außer dem Friedensvertrag in Berlin auch ein Allianzvertrag zwischen Bayern und Preußen abgeschlossen worden sei, welcher die gemeinsame Garantie beider Staaten im Fall eines von außen kommenden oder drohenden Angriffs bestimmen soll. Ob die Sache formell wirklich schon so weit gediehen ist, mag dahin gestellt bleiben; so viel dürfte aber aus mancherlei Anzeichen mit Sicherheit hervorgehen, daß die bayerische Staatsregierung entschlossen ist, die durch den Kammerbeschluss vorgezeichnete Linie des engen Anschlusses an Preußen für die Zukunft zur Richtschnur ihrer Politik zu machen. — Aus Dresden, 23. Sept., schreibt man: Heute giebt's in Dresden gar viele lange Gesichter, denn eine plötzlich eingetroffene Nachricht meldet das Scheitern der für Sachsen so günstigen Friedensverhandlungen. Aus ministeriellen Kreisen hört man darüber Folgendes: Die vielfach erwähnte Militär-Convention hatte nur noch der Unterschrift des Königs von Preußen. Ehe dieselbe erfolgte, legte König Wilhelm das Schriftstück dem Ministerpräsidenten vor, welcher durch seine Krankheit an der Theilnahme der Verhandlungen behindert gewesen war. Graf Bismarck soll die Bedingungen als unannehmbar bezeichnet haben, weshalb der König denselben seine Unterschrift verweigerte. So erzählt man hier und in Uebereinstimmung damit meldet die „Nordd. A. Ztg.“, daß die Nachrichten über einen nahe bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen zwischen Preußen und Sachsen der Begründung entbehren.

Erst wenn die Festung Königstein von der dort noch stehenden sächsischen Besatzung an Preußen übergeben sein wird, werden die definitiven Verhandlungen über die künftigen Verhältnisse des Landes und seine Stellung im norddeutschen Staatenbunde beginnen. Und das „Dresdn. Journal“ schwächt seine jüngste Meldung, daß die Verhandlungen bezüglich der sächsisch-preussischen Militär-Convention zu einem sehr günstigen Stadium vorgerückt seien, jetzt dahin ab, daß über die militairischen Fragen vor einiger Zeit Verhandlungen begonnen und zu einer vorläufigen Verabredung geführt haben, wodurch ein Herantreten an die übrigen Fragen in Aussicht gestellt worden. Nach der „A. A. Z.“ haben sich die Verhandlungen an der preussischerseits als Vorbedingung, gefällten Forderung der militairischen Räumung des Königsteins zerschlagen, da Sachsen, wie es heiße, den Königstein nur bis zum Abschluß des Friedens einer preussischen Besatzung räumen wolle. Demzufolge hat auch der bereits erwartete Abmarsch der sächsischen Truppen aus Oesterreich einen Aufschub auf unbestimmte Zeit erhalten, und es hat deshalb das Abschiedessen, welches der König von Hannover den sächsischen Stabsoffizieren in der „Neuen Welt“ geben wollte, unterbleiben müssen. — Während zur Einholungsfest der heimkehrenden siegreichen preussischen Truppen in Berlin das Einverleibungspatent Hannovers, Hessens, Nassau's und Frankfurts durch den preussischen Staats-Anzeiger veröffentlicht wurde, haben in Hannover arge Excesse stattgefunden. Am Abend des 21. September durchzogen Haufen von Arbeitern, beurlaubten hannoverschen Soldaten in Civil oder in Uniform mit Achsellappen, so wie Schaaeren von Kindern singend und lärmend verschiedene Straßen der Stadt. Später kam es leider zu einigen bedauerlichen Excessen der Menge gegen das Privatguthum. Der Kaufladen einer Buchbinderwitwe an der Marktstraße wurde demolirt und mehrere Fenster in den oberen Etagen des Hauses zertrümmert, angeblich weil die Wittwe am Morgen das Streuen von weißem und gelbem Sand vor ihrem Hause inhibirt hatte. Viel bedeutender war die Ausschreitung der Menge vor dem an der Ecke der Schuh- und Knochenhauer-Straße liegenden Hause des Hofkürschner-Meisters Schrader. Dieser Lieferant von Militair-Effecten aller Art hatte auch einige preussische Püchelhauben in seinen Schaufenstern zur Ansicht aufgestellt. Schon seit mehreren Abenden war es dort zu unruhigen Austritten gekommen und hatte Schrader schon seit vorgestern die Püchelhauben aus dem Schaufenster entfernt. Gegen 9 1/2 Uhr zog nun ein lärmender Haufe vor das Schrader'sche Haus, zertrümmerte die Läden der beiden Frontseiten des Hauses, zerstörte viele Sachen in den Läden, warf sie auf die Straße und zertrümmerte auch Fensterscheiben in der ersten Etage des Hauses nach der Knochenhauerstraße zu. Die Zerstörung ging so

rasch vor sich, daß die Polizei erst erschien, als sie fast beendet war, weshalb sie ihre Thätigkeit darauf beschränkte, die Straße zu säubern und einige wenige Verhaftungen vorzunehmen. Bei dem dann noch erfolgenden Eingreifen des preussischen Militairs verließ sich die Menge, ohne daß ein energisches Einschreiten nöthig wurde. Auch aus dem Lande werden ähnliche Ausbrüche gemeldet. — Ebenso hat in Luxemburg eine Demonstration zu Gunsten der bisherigen Verhältnisse des Großherzogthums stattgefunden. Der Prinz-Statthalter pflegt nämlich vor Beginn der Kammeression Wohnsitz in Luxemburg zu nehmen und hatte sich auch diesmal, wie gewöhnlich, einen öffentlichen Empfang vorbehalten. Nichtsdestoweniger hatte sich vorgestern Abend ein zahlreiches Publikum im Bahnhofe eingefunden, um den Prinzen, der mit dem letzten Zuge aus Belgien eintreffen sollte, zu empfangen. Ein Haufen, 25 weißgekleidete Jungfrauen und 3 Musikcorps waren am Bahnhofe zur Begrüßung des prinziplichen Paares. Im Uebrigen rüden die Unterhandlungen zwischen Preußen und den Niederlanden wegen Limburgs und Luxemburgs nur langsam von der Stelle. — Die niederländische Regierung will nach der „Indep. B.“, daß über Luxemburg besonders unterhandelt werde, da dasselbe ein unabhängiges Land sei, und der König der Niederlande hat, um diese Erklärung zu verstärken, seinen Bruder, den Prinzen Heinrich, in das Großherzogthum gesandt, um dort seine Interessen Preußen gegenüber nachdrücklicher zu vertreten. Preußen dagegen will Limburg nur dann durch eine Specialconvention von Deutschland abtrennen, wenn Luxemburg in den norddeutschen Bund eintritt, wodurch Preußen das Recht bliebe, in der Hauptstadt eine Garnison zu halten. Der König der Niederlande hat die „freundliche Dazwischenkunft“ des Kaisers Napoleon angerufen, mit welchem er stets in den besten Beziehungen gestanden und der seinen Beistand nicht verweigert zu haben scheint. Die Angelegenheit ruft in den Niederlanden eine sehr große Aufregung hervor und da man nicht mit der Art zufrieden ist, wie der Minister des Auswärtigen van Zeulen die Verhandlungen geführt hat, so könnte dieselbe recht wohl eine Cabinetskrisis in Haag zur Folge haben. — Die offiziöse „Nordd. Corr.“ bringt einen Artikel über die Aufgabe des nächsten mecklenburgischen Landtages, der darum von Interesse ist, weil er die Stellung des mecklenburgischen Ministeriums zu dem von Preußen beabsichtigten Parlament kennzeichnet. Es wird darin u. A. den Ständen gerathen, der preussischen Forderung bezüglich des Parlaments sich zu fügen, aber offen zu erklären, daß der betretene Weg ein gefährlicher und falscher sei, wodurch Verfassung und angestammtes Fürstenthum bedroht werden. Dieser Volksouveränität sei indessen durch die Beschlüsse des preussischen Abgeordnetenhauses die Spitze abgebrochen. Das Parlament sei nur ein einmaliges, ad hoc berufenes, mit beratender Stimme, dessen Beschlüsse

der Zustimmung des mecklenburgischen wie des preussischen Landtages bedürftigen. Dadurch werde es möglich sein, den materiellen Standpunkt zu behaupten, namentlich hinsichtlich des Zollvereins, und wenigstens übermäßige Opfer abzuwenden. Hieraus scheint denn hervorzugehen, daß die Regierung sich den Art. 2 und 5 des Bündniß-Vertrages mit Preußen, betreffend das Parlament, nicht glaubt entziehen zu können, möglicher Weise aber noch dem Zollverein. — Nach einer officiösen Mittheilung der „N. A. Z.“ wird, sobald die Einverleibung Schleswig-Holsteins zu Preußen durch ein Gesetz ausgesprochen ist, den Distrikten Nordschleswigs Gelegenheit gegeben werden, sich über die Rückkehr zu Dänemark auszusprechen. Dieser Thatsache gegenüber sind, wie der „N. A. Z.“ geschrieben wird, die Gegenseite „angustenburgisch oder preussisch“ bei den Nordschleswigern vermischt; es handelt sich jetzt nur um die Frage: ob dänisch, ob deutsch. — Ueber den Stand der österreichischen Verfassungs-Angelegenheit meldet die offizielle „Prager Zig.“:

Es sind die widersprechendsten Gerüchte über den Stand der Verhandlungen mit Ungarn, speziell soweit dabei das ungarische Ministerium in Frage steht, im Umlauf. Ich glaube, diesen Stand mit wenigen Worten genau zeichnen zu können. Von ungarischer Seite beharrt man darauf, daß die Einsetzung des ungarischen Ministeriums jeder weiteren Verhandlung vorauszugehen habe; die Regierung dagegen ist entschlossen, dieses Ministerium nicht eher zu instituirn, als bis der ungarische Landtag das Kapitel von den gemeinsamen Angelegenheiten in entsprechender Weise geregelt habe.

Auf diese Weise dreht man sich dann im Kreise, ohne daß eine Entwirrung des Knäuels abzusehen wäre.

Trotz der in den letzten Tagen vielfach umlaufenden Gerüchte über einen wiederergetretenen ungünstigen Stand der Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Italien, versichert die neueste Wiener „Presse“, daß dieselben nunmehr einen günstigen Fortgang nehmen. Die Entschädigungsfrage sei in den wesentlichsten Punkten gelöst und auch die Fragen zweiten Ranges würden nun schleunigst erledigt werden. — Der Aufstand in Palermo ist unterdrückt. Am Sonntag, den 16., kamen zehn italienische Schiffe mit italienischen Truppen in Palermo an. Diese Truppen bestanden einen Kampf mit den Insurgenten, welcher bis zum 21. dauerte und mit Einnahme der Stadt endete. Der Aufstand scheint von den altkatholischen Fanatikern, weniger von den Bourbonen, angezettelt zu sein. Die sicilianischen Behörden sollen dabei eine unverzeihliche Sorglosigkeit gezeigt haben. Die Hauptanklage wird jedoch gegen die schlechte militärische Leitung gerichtet, die seit dem Tage von Cusozza so viel Anstoß und Kergerniß gegeben hat, doch blieb, wie sie war. Man glaubt nicht, daß das Kabinett Ricafoli, wenn dieses die Schuld auch nur indirekt trifft, sich noch lange halten wird.

In England ist von Neuem fürchtbares Regewetter eingetreten. Man behauptet, daß jeder Regentag dem Lande jetzt einen Schaden von einer halben Million £. zufüge. Die Getreidepreise sind wieder gestiegen, haben jedoch ihren höchsten Preis schwerlich schon erreicht.

Ueber den Aufstand in Candia sind die Nachrichten widersprechend. Es ist laut offiziellen Depeschen gemeldet worden, daß die Insurgenten in zwei Schlachten bei Apocorona in Selino ziemlich bedeutende Siege erfochten und 10 Kanonen und 4 Fahnen erobert hätten. Die türkische Armee sei bis unter die Kanonen des Forts von Candia versetzt und ein türkischer Pascha gefangen worden. Die neueste offizielle Depesche vom 23. September aus Constantinopel meldet jedoch wieder einen Sieg der türkischen Truppen nach zweitägiger blutiger Schlacht, in welcher die Aufständigen 650 Tode und 1120 Verwundete verloren haben. Letztere hatten 7000 Gewehre und 300 Pulverfässer aus Syra erhalten. Es scheint also, als wenn sich das Glück zu Gunsten der Türken gewendet habe. — 43,000 türkische Bauern sind aus dem Innern Candia's nach der Hauptstadt geflüchtet. Aus Constantinopel ist die zweite ägyptische Division nach Candia eingeschifft.

Deutschland.

Berlin, 25. Sept. [Abgeordnetenhaus.] 21. Sitzung am 24. September. Tagesordnung: Berathung des Gesetzentwurfes über den Verkauf der westphälischen Staatsbahn.

Die Commission beantragt Genehmigung des Vertrages.

Die Abgg. Hammacher und Genossen beantragen, daß die Regierung erst einen Plan über die Veräußerung der Staats-Eisenbahnen überhaupt vorlege, ehe an die Berathung der einzelnen Verkäufe gegangen werde. Der Antrag wird zahlreich überflüssig.

Abg. Hammacher gegen den Commissions-Antrag: Glücklicherweise können die nothwendigen Geldmittel auf ordentlichem Wege durch den unerschütternden Kredit des Staates geschafft werden. Redner freut sich, daß die Regierung den Weg betreten habe, die Staatsbahnen in Privat Hände übergeben zu lassen. Gleichwohl sei er gegen den Commissions-Antrag, weil die Bedingungen dieses Verkaufes dem Interesse des Staates entgegen wären.

Abg. Heise für den Commissions-Antrag, weil man nicht von einem Geschäft zurücktreten dürfe, wenn sich mittlerweile die Verhältnisse für den Verkäufer günstiger gestaltet haben.

Abg. Reichenheim bringt ein Amendement ein, durch welches die Regierung angefordert wird, recht bald die Staatsverwaltung der Privatbahnen aufhören zu lassen. Der Handelsminister Graf Jgennlich. Man hat gesagt, die Staatsregierung möge einen Plan zur Veräußerung aller Staatsbahnen vorlegen. Unser jetziges System scheint mir dem Publikum am nützlichsten, da es eine Konkurrenz jeder Art schafft, nämlich Staatsbahn, Privatbahn, mit Staatsverwaltung und Privatbahn mit Privatverwaltung. Der Minister schütert darauf die Vortheile der Staatsbahnen, besonders wo es sich um

Tarifberathungen handelt; ebenso sei die Staatsverwaltung von Privatbahnen nicht unbedingt zu verwerfen; es komme immer darauf an, daß die rechten Männer zur Verwaltung da seien. Er ist geneigt für Beförderung der Privatbahnen, und wünscht nur einen Fond wie bei den Chaussees, um den Bau zu unterstützen. Gegen das Prinzip, alle Staatsbahnen abzuschaffen, spricht er sich entschieden aus. Er bittet auf die eingebrachten Amendements keine Rücksicht zu nehmen.

Abg. Michalek für den Commissions-Antrag. Er findet es auffallend, daß die Linke für Erhaltung einer Staatsbahn streitet. Ein solcher Staat im Staate, wie die Verwaltung der Staatsbahnen, müsse beschränkt werden. Das Hans möge nicht bürokratischer als der Handelsminister, nicht fiskalischer als der Finanzminister sein.

Abg. Eiben gegen den Commissions-Antrag. Das Prinzip des Verkaufes der Staatsbahnen werde von der Linken anerkannt, aber sie wolle deshalb nicht alle Staatsbahnen à tout prix verkaufen. Man kann doch auch nicht billigen, daß der Staat aus einer großen Staatsbahn heraus eine Strecke verkauft, und zwar an diejenige Bahn, welche dem Reste, der in den Händen des Staates bleibt, Konkurrenz macht.

Bei der Spezial-Diskussion bemerkt Abg. v. Binde, daß er für den Vertrag stimmen würde, wenn die Regierung durch Nichtbewilligung in Verlegenheit käme, was nicht anzunehmen. Die Herren Minister vertheidigen natürlich als loyale Männer den Vertrag, aber er glaube, sie würden es dem Hause Dank wissen, wenn das Hans nein sage.

Bei der Abstimmung stimmen für §. 1 nur ein Theil der Conservativen und einige Altliberale, dagegen die gesamte Linke und das Centrum, sowie die äußerste Rechte. §. 1 ist somit abgelehnt und der Handelsminister erklärt nun, daß die Regierung den Antrag zwar nicht zurückzieht, denselben aber als abgelehnt betrachte und kein Interesse an der Fortsetzung der Debatte habe.

Der zweite Gegenstand der Tages-Ordnung ist die Anleiheforderung. Nachdem einige Redner dafür und dagegen gesprochen, wird Vertagung der Debatte beschlossen.

[In der Herrenhaus-Sitzung] am 24. September wurde das Gesetz, betreffend die Pensions-Erhöhung für die im Kriege invalide gewordenen, sowie für die überhaupt durch den activen Militärdienst verkrüppelten oder erblindeten Offiziere der Linie und Landwehr und die oberen Militärbeamten, und die Unterstützung der Wittwen und Kinder der im Kriege gebliebenen Militärpersonen desselben Ranges, nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen.

[Der preussische Landtag] wird, wie es heißt am Donnerstag oder Freitag nicht geschlossen, sondern vertagt werden.

[Betreffs der Amnestie] ist in der Presse das Bedenken erhoben worden, daß darin nicht ausdrücklich der in Folge von Preßvergehen eingetretenen Concessionsentziehungen gedacht sei, wodurch eine ganze Kategorie von Bernetheilten von dem Gnadenakte ausgeschlossen würde, und zwar speziell diejenigen, welche „politisch ehrenhaft genug waren, zu verschmähen, den Namen eines nominellen Redakteurs zwischen ihre Verlagsecon-

Feuilleton.

Griechisches Räuberwesen.

Da die öffentliche Aufmerksamkeit sich dem Süd-Osten unseres Welttheils, insbesondere den griechischen Unruhen, zugewendet hat, so dürfte es nicht ungeeignet scheinen, das deutsche Publikum mit einem merkwürdigen, wohl dem bestverstandenen Theil des griechischen Volks bekannt zu machen: mit den Klephten.

Griechenland war von jeher ein Sammelpfad für die ehrsame Räuberzunft. Herkules und Theseus haben freilich die Straßenpolizei mit größerer Energie aufrecht erhalten, als die Regierungen König Otto's und George's. Der Raub war schon in der Homerischen Zeit ein weitverbreiteter, respectirter Beruf. „Bist Du Kaufmann oder Räuber?“ so lautete die stereotype Frage, die an den ankommenden Fremdling gerichtet war. Diese Tradition ist treu erhalten worden.

Das Unglück ist, daß jeder Grieche gelegentlich gern ein Bißchen „Räuber“ sei, es auch nur als Dilettant. Wenn der Schäfer seine Herde weidet und von fern einen „Milorki“ wittert, dessen wohlhabendes Aeußere die Klephtischen Gesichte weckt, so läßt er seine Kammer im Stich, greift zu Flinte und scheidet dem Milorcki auf einem Seitenwege die Passage ab.

Er ist nicht so blutdürstig, wie der italienische Brigante, den Ueberfallenen zu tödten; aber er plündert ihn voll-

ständig aus und bindet ihn an den nächsten Baum, wo der Gefesselte oft Tag und Nacht nach einem Befreier schmachet.

Während meiner griechischen Reisen bin ich den Klephten nur einmal begegnet. Es war an einer Biegung des Wegs hinter dem Kloster Pendeli. Aus dem Dickicht zur Rechten sprangen ein Paar zerlumpte Gestalten mit langen Flinten, schrien „Stasso!“ („Halt!“) und gaben durch Gebarden zu erkennen, daß sie Pulver geliebt haben wollten. Ich gab mir nicht die Mühe, zu fragen oder zu überlegen, was sie damit anzufangen gedächten. Mein Begleiter, der Correspondent der „Independance belge“, vergaß, daß er auf dem Hinweg über heftige Gliederschmerzen geklagt hatte, die ihm hinderten, schnell zu reiten; er gestand mir später, es sei ihn vorgekommen, als sei der ganze Wald von Klephten belebt. Wir gaben den Vierden die Sporen, im gestreckten Galopp jagten wir den Pendelstein hinab und blieben nicht eher, als bis wir Kalandri, die Heimath des Verwickelten, und damit die Ebene erreichten, wo wir uns sicher glaubten.

Einer der berühmtesten Klephten zu König Otto's Zeit war Bibissi. Er war kein „gemeiner Sünder“, er hatte Etwas von dem großartigen, edelmüthigen Zug, den Lord Byron seinen menschenfeindlichen Helken zu leihen pflegt.

Er war nicht, wie sonst üblich, aus Laune, Arbeitsmangel, politischer Opposition Klephte geworden; er hatte ein kleines Gut bei Acharnä und baute dort fried-

lich seinen Kohl. Da trieb ihn ein „Unglück“, wie man dort zu Lande sagt, nämlich der Mord eines der Liebhaber seiner Frau, „in die Berge“.

Die Regierung setzte einen Preis auf seinen Kopf; da er aber Freunde unter den Gendarmen, in der Kammer, selbst bei Hofe hatte, so kümmerte ihn das wenig. Er kam nach wie vor auf sein Gut, bezog seine Einkünfte, erschien bei den Wahlen, erfüllte alle Bürgerpflichten, schießte einem Minister 200 Stinmen, lud sich auf alle Landpartien der Arbeiter zu Gast, ging manchmal im offenen Bazar spazieren.

Seine Expeditionen erfolgten mit so affenähnlicher Geschwindigkeit und so plausibler Energie, daß sein ganzes Wesen den Nimbus des Unglaublichen, Mythischen erhielt, und Mancher sogar die Existenz des großen Klephten ableugnete, bis er zu seinem Schaden sehr unglücklich von dessen Realität überzeugt ward. Die Kammeropposition klagte über die Freigebigkeit der Polizei; die Polizei erwiderte, daß die Opposition den Sibissi erfunden habe. Grenier versichert in der That, daß man Rendezvous mit dem Räuber verabredete, sich freiwillig festnehmen ließ, um aus dem Vorfalle ein Anknüpfungspunkt gegen die Regierung zu machen.

Sibissi ward aber schließlich der Boesie des Klephtenlebens selber satt; er bat um einen Posten in der Armee, indem er seine Bitte mit dem schlechten Zustand seiner Geschäfte motivirte, die man ihn nicht mehr führen lassen.

Der Minister ging auch wirklich darauf ein; doch die